EP-FR-01-241

C – Was Frieden schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu EP-FR-01

Von Zeile 240 bis 241 einfügen:
liegen in der europäischen und transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte.
Die Nachkriegsgeschichte nach 1945 in Europa zeigt jedoch auch, dass es Zeitfenster für eine gemeinsame Sicherheitspartnerschaft geben kann. Deshalb geben wir die Vision nicht auf mit allen Ländern in und an Europa grenzend in Frieden und gegenseitiger Achtung zu leben. Wir werden weiter an Rüstungskontroll- und Abrüstungsgesprächen festhalten und diese energisch angehen.

Begründung

Es wird eine Zeit nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine und auch eine nach der Putinadministration geben. Wege aus dem Krieg können unter Umständen auch Abrüstungsangebote an die russische Regierung sein. Es ist ein komplexes Geflecht von Sicherheitsinteressen aller beteiligter Länder, inklusive des atlantischen Bündnisses und einer sich neu formend 'Gegenmacht' durch Russland, China mit weiteren Ländern. Dies darf uns aber nicht davon abhalten, alles zu versuchen um Rüstung abzubauen. Die zunehmenden weltweiten Krisen, insbesondere die Klimakrise und die damit verbundenen Migrationsbewegungen machen deutlich, dass Sicherheit für alle Menschen auf der Welt nur noch gemeinsam gedacht werden kann. Dazu gehören Interessenausgleich und Abrüstung. Auf Abrüstung müssen die beteiligten Länder sich allerdings vorbereiten. Es ist eine andauernde und weitsichtige Diplomatie nötig und zu befähigen jede Möglichkeit zu ergreifen und Möglichkeitsräume zu schaffen um hier substantiell voranzukommen. Eines der Ziele ist auf allen Seiten zu einer substantiellen Nichtangriffsfähigkeit zu gelangen. Das bedeutet unter anderem die verschiedenen 'Überlegenheiten' der verschiedenen Militärsparten abzubauen, die atomare Abschreckung im Gleichschritt zu verringern, Militärische Fähigkeiten an die UN auslagern und technische Kapazitäten aus dem Militärbereich herauszulösen um den nationalen wie europäischen Krisen- und Katastrophenschutz zu stärken.

weitere Antragsteller*innen

Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Barbara Romanowski (Oberberg KV); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Michael Kosthorst (KV Wesel); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Waltraud Waidelich (KV Plön); Franz Florian Krause (KV Hamburg-Altona); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Florian Fritzsche (KV Passau-Land); Lucia Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Martin Pilgram (KV Starnberg); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Tim Lautner (KV

Münster); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.